

12.52

**Bundesrat Ing. Bernhard Rösch** (FPÖ, Wien): Wertes Präsidium! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Werte Kolleginnen und Kollegen des Bundesrates! Die Ausführungen, von der leeren Kasse hin zum 3-D-Drucker, der in Zukunft die Häuser bauen wird, waren jetzt wirklich interessant. Die Reise kann natürlich nur zur Frage führen, wie man neue Arbeitsplätze schaffen kann, die ganz anders ausschauen werden. Die Maschinen konnten nach 1800 nicht aufgehoben werden, auch wenn man sich gegen die Maschinen vereint und dagegen angekämpft hat, weil man geglaubt hat, dass sie Arbeitsplätze kosten werden, aber nein, man hat dann irgendwann begriffen, dass die Arbeitsplätze ... *(Der Redner wendet sich an die Bundesräte Todt und Pfister, die miteinander sprechen.)* – Es ist so laut, dass ich mich selbst nicht höre!

Man hat dann irgendwann begriffen, dass ganz einfach Arbeitsplätze dafür geschaffen wurden, dass Maschinen gebaut werden, und es wurden ganz viele Chancen damit eröffnet. Folgendes wurde auch hier schon angesprochen: Industrie 4.0, digitales Zeitalter. Das sind zwar noch Überschriften, die wir immer wieder hören, und die Inhalte sind ziemlich schwierig zu erfassen, weil das Ganze ja noch so neu ist, aber die Länder, die in Zukunft die höchste Beschäftigungszahl haben werden, werden die sein, die da am schnellsten mitkommen, die die Technologie am schnellsten haben.

Wir werden auch nicht wollen, dass der Strom wieder abgeschafft wird. Man braucht nur in sich zu gehen und darüber nachzudenken, was Strom alles bewirkt, wie viele Maschinen er betreibt – zum Beispiel den Kühlschrank, und, und, und. Die ganze Industrie lebt an und für sich vom Strom. Wir werden uns gesellschaftlich darauf einstellen müssen, dass wir ganz einfach einen Wandel in der Arbeitswelt haben; man weiß jedoch noch nicht, wohin die Reise genau geht.

Eines steht auf jeden Fall fest: Wir werden die Arbeit aufteilen müssen.

500 000 Arbeitslose sind zu viel, auch wenn man sagt, dass das durch eine Krise bedingt ist, aber natürlich liegt sehr viel auch am Wandel. Man braucht sich nur die älteren Arbeitskräfte 50 plus anzuschauen: Wenn ihre Anzahl bei den Arbeitslosenzahlen wirklich Monat für Monat in die Höhe schnellte, dann ist das eine Katastrophe. Das sind halt diejenigen, die mit den neuen Technologien ein bisschen schwerer zu Rande kommen *(Bundesrat Schennach: Geh! ... sollten Sie das wissen!)*, aber auch für diese Mitarbeiter werden wir Lösungen schaffen, damit auch sie in der Arbeitswelt noch Fuß fassen können.

Was mir in dieser ganzen Diskussion aber ganz wichtig ist und was mir gestern im EU-Ausschuss schon aufgefallen ist, das ist die Art, wie wir uns da gegenüber CETA

verhalten haben. Zum Freihandelsabkommen – und da gebe ich dem Kollegen Schennach hundertprozentig recht, oder wünsche mir, dass er recht hat –: TTIP ist tot. Man wird das Ganze auf CETA aufhängen. Man wird versuchen, TTIP über die Hintertür CETA hineinzubekommen.

Gestern haben wir gehört, dass es ist nicht dringlich ist, dass wir über CETA sprechen, dass wir uns mit CETA auseinandersetzen, denn das kommt alles erst. Das ist ja gar nicht wahr: In Wirklichkeit ist das Ganze schon abgeschlossen. In englischer Sprache liegt es schon vor. Die Übersetzungen kommen, im Juni sollen praktisch einige Teile in Kraft gesetzt werden. Vorläufige Inkraftsetzung ist etwas, was nicht unüblich ist, habe ich mir sagen lassen. Zu solch wichtigen Themen kann man nicht einfach sagen: Wir gehen da zur Tagesordnung über, lassen das Ganze einmal ruhen und schauen uns an, wie sich das Ganze entwickelt. – Das ist fahrlässig.

Wir haben den Bürgern ganz einfach genau in diesen großen Sachen reinen Wein einzuschenken. Die Bürger haben das Recht, zu wissen, was mit CETA auf sie zukommt. Ich meine, dass ist nicht umsonst so. Schauen wir uns die Reihe der Kritiker aus Arbeiterkammer und Gewerkschaft an! Rudi Kaske hat sich da wirklich stark gemacht, als er gesagt hat: So kann das nicht kommen, wir brauchen da mehr Transparenz! Nur um einmal bei euch in das Lager (*in Richtung der SPÖ*) hineinzuschauen.

Im Lager der ÖVP gibt es auch sehr viele Skeptiker, was man sieht, wenn man sich anschaut, was gestern von der Landeregierung Salzburg gesagt worden ist.

(*Bundesrat Schennach: Landwirtschaftsminister!*) – Ja, natürlich. Der Landwirtschaftsminister muss ja der Erste sein, der da hellhörig wird. Aber auch im Protokoll des Salzburger Landtages liest man, dass es mehr als fraglich ist und dass nicht alle Macht den Konzernen gegeben werden soll.

Da muss man schon sagen: Wir haben hier die Verantwortung. Es ist ja nicht einfach so, dass wir hier ein Gefühl ausdrücken und sagen: Na ja, machen wir es halt, schauen wir halt einmal. – Wenn das da ist, dann ist es da! Und ich erinnere an den Beitritt zur Europäischen Union. Da haben wir uns viel vorgenommen. Es wurde informiert: Leider Gottes müssen wir heute feststellen, dass – wie gesagt worden ist – die Übergangsregelungen für den Arbeitsmarkt ausreichend sein werden, sodass dann die Mitgliedsländer 80 Prozent des Lohn- und Sozialniveaus haben werden. Wer hat das gesagt? – Nein, es fällt mir nicht ein, das sage ich dann später. (*Bundesrätin Mühlwerth: Brigitte Ederer!*) – Genau, das war Brigitte Ederer; das wäre mir jetzt nicht

eingefallen. Ich glaube auch, dass sie es ernst gemeint hat. Der Unterschied ist leider Gottes wesentlich größer, deswegen leidet ja auch der Euro.

Wir haben dabei gelernt, wenn man Sachen nicht ordentlich angeht, nicht ordentlich vorbereitet, wenn dann die Kluft zu weit geöffnet ist, dann kriegt man das nicht mehr zu. Wir erwürgen uns in Europa mit dem Euro, weil wir nicht wissen, wie wir die Südländer finanzieren sollen, weil die nichts bezahlen können. Wir wissen nicht, ob der Euro das überleben wird, ob die EU das überhaupt überleben wird. Und jetzt wollen wir in solch großen ... (*Bundesrat Schennach: Herr Kollege, der Euro ist so stark wie nie zuvor!*) – Ja, das glaube ich, und deswegen haben wir uns auch überall zurückgezogen: Der Staat hat sich aus der Einlagensicherung zurückgezogen, und wir bereiten uns schon an allen Ecken und Enden auf den Ausfall vor.

Aber es wird auf jeden Fall nichts passieren, bevor in Deutschland nicht gewählt wurde. Also wir können sicher sein, dass bis 2017, 2018 noch nicht viel passieren wird, aber dann werden wir schon sehen, wohin uns die Reise führt. Und da braucht man dann nicht noch CETA, das uns sagt, welche Bedingungen wir von den anderen Ländern übernehmen.

Herr Kollege (*in Richtung des lesenden Bundesrates Schennach*), wenn ich Sie wäre, dann würde ich ein bisschen zuhören, weil dann kann man vielleicht auch wieder etwas einbringen. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Dann kann man vielleicht einmal darauf eingehen und nicht immer nur dazwischenrufen, dass das alles nicht stimmt. Wir werden auf jeden Fall in vielen, vielen Bereichen der Pharmazie, aber auch bei den sozialen Standards Probleme bekommen. Und deswegen bringen wir gleich einen Entschließungsantrag ein.

Ich hoffe, dass ihn sehr viele unterstützen werden, denn eines ist auch ganz klar, nämlich dass die Bevölkerung informiert werden muss. Die Gremien müssen hier damit befasst werden – ich sage „müssen“ und nicht „dürfen“; es ist halt Usance, dass man die Gremien damit befasst –, und dann soll es eine Volksbefragung geben, weil das Volk einfach das Recht hat, über so wichtige Sachen abzustimmen. (*Bundesrätin Mühlwerth: Antrag einbringen! – Allgemeine Heiterkeit. – Bundesrat Schennach: Brauchen wir Unterstützung?*) – Ja, ja. (*Der Redner blättert in seinen Unterlagen.*)

Ich bringe daher folgenden Antrag ein:

### Entschließungsantrag

der Bundesräte Pisec, Kolleginnen und Kollegen betreffend keine vorläufige Inkraftsetzung von CETA

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich auf europäischer Ebene einheitlich und klar gegen eine vorläufige Anwendung von CETA auszusprechen.“

\*\*\*\*\*

*(Beifall bei der FPÖ.)*

13.00

**Vizepräsident Mag. Ernst Gödl:** Der soeben von Bundesrat Rösch eingebrachte Entschließungsantrag betreffend keine vorläufige Inkraftsetzung von CETA ist ausreichend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Gibt es noch eine Wortmeldung? – E gibt noch weitere Wortmeldungen.

Als Nächster zu Wort gelangt Herr Bundesrat Mayer. – Bitte.